

Laut Medienbericht: Leo Lugner der NS-Wiederbetätigung beschuldigt

Diversionsangebot an den Wiener FPÖ-Politiker sieht keine Geldbuße, sondern gemeinnütze Leistungen vor.

Rechter Provokateur, das ist die Rolle von **Leo Lugner** innerhalb der **Wiener FPÖ**. Laut *Standard* sollen seine Aktivitäten aber über reine Provokation weit hinausgehen.

Er soll demnach als Beschuldigter in einem Ermittlungsverfahren wegen **NS-Wiederbetätigung** geführt werden.

Es soll auch eine Hausdurchsuchung und Chatauswertungen gegeben haben.

Diversion angeboten

In diesen Chats soll der Tatbestand der Wiederbetätigung erfüllt sein. Laut *Standard* soll Lugner von der Staatsanwaltschaft ein Angebot zu einer **Diversion** bekommen haben. Sollte er Verantwortung für Fehler übernehmen und Auflagen erfüllen, würde es zu keiner Anklage kommen, wird berichtet.

Auch das Justizministerium soll diese Entscheidung abgesegnet haben.

Lugner war für den KURIER bisher nicht zu erreichen. Er meldete sich allerdings auf der Social_Media-Plattform X zu Wort: „Vor neun Jahren habe ich in einem privaten Chat unüberlegte Aussagen gemacht - etwa die Anspielung auf Eiernockerl am 20. April (Die Anspielung auf die vermeintliche Lieblingsspeise Adolf Hitlers an dessen Geburtstag gilt als rechtsextremer Code, Anm.). Solche Äußerungen würde ich heute keinesfalls wiederholen. Sie hätten niemals fallen dürfen, auch nicht im privaten Rahmen eines Chats.“

[Reform beim Grundwehrdienst bringt 1.000€/Monat, Praxisausbildung &](#)

Zusatzqualifikationen

Weiters kündigte Lugner auf X an, die 160 Stunden gemeinnützige Arbeit verlässlich leisten zu werden. „Mir ist es wichtig zu betonen: Ich verurteile die Ideologie des Nationalsozialismus sowie die Verbrechen des NS-Regimes aufs Schärfste“, so der FPÖ-Politiker.

Die Staatsanwaltschaft Wien bestätigte gegenüber dem KURIER sowohl die Ermittlungen, die Hausdurchsuchung und das Diversionsangebot. Die Ermittlungen haben demnach 2022 begonnen, bevor Luger Abgeordneter wurde. Auch die Hausdurchsuchung habe 2022 stattgefunden. Deshalb sei das Verfahren auch von Lugners Immunität nicht beeinträchtigt worden.

Lugner müsse jedenfalls die Pauschalkosten des Verfahrens tragen und das Diversionsangebot sieht in seinem Fall keine Geldbuße, sondern „gemeinnützige Leistungen“ vor. In welchem Ausmaß gab die Staatsanwaltschaft nicht bekannt.

Laufend Rechtsmittel eingelegt

Dass das Verfahren nun vier Jahre gedauert hat, sei auf die zahlreichen Rechtsmittel zurückzuführen, die Lugner dagegen eingelegt hat. Sowohl gegen die Hausdurchsuchung, gegen die Beschlagnahme von Handy und Datenträgern hat Lugner berufen. Ebenso habe er verhindern wollen, dass beschlagnahmte Datenträger ausgelesen werden.

Alles ohne Erfolg, wie die Staatsanwaltschaft bestätigte - so konnte nach langer Verfahrensdauer jetzt das Diversionsangebot gestellt werden. Was genau in den Chats kommuniziert wurde, gab die Staatsanwaltschaft nicht bekannt.

Erste Rücktrittsforderungen

Wiens Bürgermeister **Michael Ludwig** zeigt sich in einer Aussendung besorgt. „Nationalsozialistisches Gedankengut, Antisemitismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit haben in unserer demokratischen Gesellschaft keinen Platz. Die bekannt gewordenen Vorwürfe sind schwerwiegend und müssen vollständig aufgeklärt werden. Gerade in Zeiten, in denen Hass und Hetze zunehmen, braucht es eine klare und unmissverständliche Haltung gegen jede Form des Rechtsextremismus.“

Auch SPÖ Wien-Landesparteisekretär **Jörg Neumayer** fragt sich, wo die FPÖ ihre Grenzen zieht. „Wer Hass und rechtsextremes Gedankengut verharmlost oder die notwendige Abgrenzung verweigert, trägt dazu bei,

dass sich die Grenzen des Sagbaren immer weiter verschieben. Von einer demokratischen Partei muss man hier eine klare Haltung erwarten können.“

Auch die Wiener Grünen reagierten bereits: „Zuerst die entlarvenden Berichte über Verstrickungen zwischen FPÖ und Identitären, jetzt die Ermittlungen wegen des Verdachts der Wiederbetätigung gegen einen Abgeordneten des Wiener Gemeinderats. Es ist glasklar: Für dieses Gedankengut kann es im Rathaus keinen Platz geben“, so. Wiens Parteichefin **Judith Pühringer**. „Leo Lugner muss auf der Stelle zurücktreten.“

Wer wegen Wiederbetätigungsverdachts ins Visier der Staatsanwaltschaft gerät, könne keine politische Verantwortung tragen, ergänzt der Grüne Rechtsextremismussprecher **Jaafar Bambouk**.

Auch die Neos sprechen sich für einen Rücktritt aus, zudem will man die FPÖ-Führung in die Pflicht nehmen: „Aussitzen ist keine Option: Wer ein Mandat innehat, muss diesen Vorwürfen Taten folgen lassen. Ich erwarte von der FPÖ Wien eine klare Distanzierung und von Leo Lugner den Rücktritt von seinem Mandat“, sagt Gemeinderat **Thomas Weber**.